

3
84

Union in Deutschland

Bonn, den 26. Januar 1984

Vom Bundesvorstand beschlossen:

Programm zur Bekämpfung der Jugend- arbeitslosigkeit

Der Bundesvorstand der CDU hat auf seiner Sitzung am 23. Januar 1984 ein „Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ beschlossen. Damit wurde ein Auftrag des 31. Bundesparteitages vom 26. Mai 1983 erfüllt. Unter dem Vorsitz des Generalsekretärs, Bundesminister Heiner Geißler und der stellvertretenden Vorsitzenden der Zukunftskommission Jugend, MdB Renate Hellwig, hatte die Kommission einen Entwurf erstellt, der allen Gliederungen der Partei zur Diskussion vorgelegt worden ist. Zu dem Entwurf sind rund 170 Änderungs- und Ergänzungsvorschläge eingegangen. Über den Beschluß des Bundesvorstandes wird der Bundesausschuß am 20. Februar 1984 entscheiden.

Das Programm der CDU zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist ein „Programm der vielen kleinen Schritte“, die kurz- und mittelfristig möglich sind, um jungen Menschen mehr Arbeitsplätze zu verschaffen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ FALL KIESSLING

Erklärung des Bundesvorstandes
Seite 3

■ C-WAFFEN

Gleichgewicht kann nur lauten:
null zu null
Seite 4

■ AUSBILDUNGS- PLÄTZE

Die Bundesregierung
setzt auch 1984 volles Vertrauen
in die Wirtschaft
Seite 5

■ DGB

Breits Anwürfe sind völlig haltlos
Seite 8

■ JUGENDSCHUTZ

Das neue Gesetz ist für — nicht
gegen junge Menschen
Seite 11

■ CDU HESSEN

Kämpferische Hessen-Union
geschlossen hinter
Walter Wallmann
Seite 13

■ STICHWORT

Internationale Initiativen zur Luft-
reinhaltung
Seite 15

■ DOKUMENTATION

Wählt gute Betriebsräte/
Die Betriebsratswahlen 1984
grüner Teil

1. Notwendig ist es heute, vor allem die gegenwärtigen Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit zu beseitigen. Zwei Drittel aller arbeitslosen Jugendlichen sind ohne Berufsausbildung. Daher setzt dieses Programm für die Berufsausbildung einen deutlichen Schwerpunkt.

2. Jugendarbeitslosigkeit ist ein Teilproblem der allgemeinen Arbeitslosigkeit und Folge tiefgreifender konjunktureller und struktureller Wandlungen. Erforderlich ist vor allem eine Förderung des wirtschaftlichen Wachstums mit den Mitteln der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Förderung von Investitionen und die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen soll es den Unternehmen ermöglichen, mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze anzubieten. Der nächste Bundesparteitag der CDU in Stuttgart vom 9. bis 11. Mai 1984 wird zu diesem Thema ein gesamtwirtschaftliches Konzept verabschieden.

3. Jugendliche sind von den negativen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit besonders schwer betroffen. Junge Menschen dürfen an der Schwelle des Berufslebens nicht mit langfristigen Perspektiven vertröstet werden, so sehr diese auch sachlich begründet sein mögen. Deshalb ist rasches Handeln erforderlich. Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen des Programms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zählen u. a.:

— Um das vorhandene Ausbildungsplatzangebot tatsächlich zu nutzen (jährlich bleiben ca. 20 000 Plätze unbesetzt), soll vorübergehend eine Lehrstellen-Annahmekarte eingeführt werden, um die Blockierung und den damit oft verbundenen Wegfall von Ausbildungsplätzen für das laufende Ausbildungsjahr zu verhindern.

— Besonders schwer betroffen von der Arbeitslosigkeit sind Mädchen und junge Frauen. Die CDU hat zu diesem Bereich einen Katalog von Schwerpunktmaßnahmen innerhalb dieses Programms vorgelegt, die vor allem darauf abzielen, neue Möglichkeiten in gewerblich-technischen Berufen zu erschließen.

— Die bisherigen Erfahrungen mit dem schulischen Berufsgrundbildungsjahr haben gezeigt, daß sich die zwingende Anrechnung des vollen Jahres ausbildungshemmend auswirkt. Die CDU schlägt vor, die Anrechnung in Übereinstimmung mit der Wirtschaft neu zu regeln. Dabei soll aber die Berücksichtigung von mindestens der Hälfte des Berufsgrundbildungsjahres sichergestellt sein.

— In Regionen, in denen die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in den nächsten Jahren nicht voll erfüllt werden kann, schlägt die CDU eine vorübergehende Vollausbildung in über- und außerbetrieblichen Ausbildungsstätten vor. Trotz aller damit verbundenen Nachteile sollen zur Behebung von Engpässen auch Berufsfachschulen vorübergehend Angebote zur vollen Berufsausbildung machen.

— Die CDU spricht sich dafür aus, durch Ausnutzung aller Möglichkeiten zur Arbeitszeitverkürzung eine Ausweitung des Arbeitsplatzangebotes anzustreben. Dazu gehören insbesondere:

— eine flexible Gestaltung der Arbeitszeit, die älteren Arbeitnehmern mehr Entscheidungsfreiheit für die Vorbereitung auf das Alter ermöglicht,

— ein Angebot für den freiwilligen Übergang in den vorzeitigen Ruhestand,

— die Ausweitung des Angebotes von Teilzeitarbeit auch im öffentlichen Dienst,

— verstärkte Förderung der Möglichkeit, Ausbildungsplätze zu teilen,

— gesetzliche und tarifvertragliche Erleichterungen von befristeten Arbeitsverträgen in besonderen Fällen, z. B. als Vertretung für wehrpflichtige Arbeitnehmer oder für Frauen im Mutterschaftsurlaub.

Um zu einem zusätzlichen Arbeitsplatzangebot im Bereich des öffentlichen Dienstes kommen zu können, spricht sich die CDU für eine Heraufsetzung der Höchstdauer der

Erklärung des Bundesvorstandes zum Fall Kießling

Zum Fall Kießling hat der Bundesvorstand auf seiner Sitzung am Montag, 23. Januar 1984, in Bonn folgenden einstimmigen Beschluß gefaßt:

Der Bundesvorstand hat einen Bericht von Bundesminister Wörner gehört. Er hat dem Minister sein Vertrauen ausgesprochen und volle Unterstützung zugesagt. Er hat darüber hinaus die Gelegenheit benutzt, Manfred Wörner für seine Leistungen als Bundesminister der Verteidigung zu danken. Manfred Wörner hat der Bundeswehr ein neues Selbstvertrauen gegeben. Es war nicht zuletzt seine besonnene, verantwortungsbewußte Argumentation, die einen maßgeblichen Anteil am guten Verlauf der Friedensdiskussion und an der Entscheidung des Deutschen Bundestages gehabt hat.

Der Bundesvorstand legt Wert auf folgende Feststellungen:

1. Wenn es um die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland geht, dürfen keine Risiken in Kauf genommen werden.
2. Nachdem — ohne jegliches Zutun des Ministers — eine öffentliche Debatte über mögliche homosexuelle Beziehungen von General Kießling entstanden ist, muß in dieser Sache rückhaltlose Aufklärung geschaffen werden. Die Ehre eines Mitbürgers hat als unangetastet zu gelten, solange nicht zwingende Beweise dem entgegenstehen.
3. Sollten im MAD Unzulänglichkeiten oder gar Unkorrektheiten in diesem Zusammenhang oder auch in früheren Jahren vorgekommen sein, sind auch diese unverzüglich aufzuklären.

Beurlaubung ohne Dienstbezüge und für vermehrte Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung aus. Um weitere Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen, sollten Nebentätigkeiten für öffentlich bedienstete Arbeitnehmer und Überstunden im öffentlichen Dienst soweit wie möglich abgebaut werden. So kann z. B. im Bereich der Erwachsenenbildung auf die Berufserfahrung bewährter Lehrkräfte nicht verzichtet werden. Jedoch sollte nach Auffassung der CDU die vorher nebenamtlich ausgeübte Beschäftigung auf die Arbeitszeit im Hauptamt angerechnet werden, so daß dadurch auch Neueinstellungen ermöglicht werden. Die CDU vertritt die Auffassung, daß diesen Beamten ein Solidaritätsbeitrag zugunsten ihrer arbeitslosen jungen Kollegen zugemutet werden muß.

Um eine Benachteiligung von Jugendlichen, die zur Ableistung des Wehr- oder Zivildienstes anstehen, ausschließen zu können, empfiehlt die CDU eine besonders flexible Einberufungspraxis, die es z. B. arbeitslosen Jugendlichen ermöglicht, auch bereits dann ihren Wehrdienst oder Zivildienst abzuleisten, wenn sie zum regulären Dienstantritt noch nicht anstehen.

Längerfristige Arbeitslosigkeit führt bei jungen Menschen zu dem Gefühl, nicht gebraucht zu werden. Die CDU schlägt vor, Kommunen, Körperschaften und Wohlfahrtsverbände durch staatliche Förderung in die Lage zu versetzen, jedem nicht in ein normales Arbeitsverhältnis vermittelbaren Jugendlichen eine Beschäftigungsmöglichkeit unter Anwendung der für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen geltenden Kriterien (als Mindestlohn) anbieten zu können. Dabei sollte auch an kostenneutrale Teilzeitarbeitsplätze (ABM) gedacht werden.

■ C-WAFFEN

Gleichgewicht kann nur lauten: null zu null

Die Bundesregierung wird den Vorschlag der Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes an die Mitgliedstaaten des Atlantischen Bündnisses über Abrüstung chemischer Waffen (C-Waffen) in Europa sorgfältig prüfen und anschließend mit unseren Bündnispartnern beraten. Dies entspricht der Bedeutung, die alle bisherigen Bundesregierungen und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion der verlässlichen Abrüstung der C-Waffen beigemessen haben, erklärte Alois Mertes, Staatsminister im Auswärtigen Amt.

Sollte der Vorschlag neue Elemente enthalten, die geeignet sind, dem dringenden Ziel der weltweiten und kontrollierten Abrüstung der C-Waffen näher zu kommen, wird der Westen entsprechend seiner bekannten konstruktiven Haltung bei den Verhandlungen im Genfer Abrüstungsausschuß über ein weltweites und überprüfbares Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung chemischer Waffen sowie über die Vernichtung derartiger Waffen und ihrer Produktionsstätten solche Elemente selbstverständlich positiv aufgreifen.

Für den Abschluß eines weltweiten und völligen C-Waffen-Verbots setzt sich die Bundesrepublik Deutschland seit 1955 in allen zuständigen Gremien ein. Die Glaubwürdigkeit der Abrüstungspolitik steht und fällt auch bei den C-Waffen mit der effektiven Überprüfbarkeit der von den

Staaten eingegangenen Verpflichtungen. Das gilt insbesondere für die in ihrer Wirkung verheerenden C-Waffen.

Eine C-Waffen-Aufrüstung wäre eine so entsetzliche Geißel der Menschheit, daß sie im Keim effektiv und nachprüfbar erstickt werden muß. Das Gleichgewicht an C-Waffen muß künftig null zu null lauten. Zur Zeit besteht ein erhebliches Übergewicht der UdSSR, das ständig zunimmt. Die Glaubwürdigkeit der C-Waffen-Abrüstung hängt von der immer dringlicher werdenden Transparenz der weltweit tatsächlich vorhandenen militärischen Mittel ab.

Die Bundesregierung setzt sich nicht nur für ein regionales, sondern für ein weltweites Verbot aller Waffen ein. Damit würden automatisch auch alle C-Waffen in Europa abgeschafft. Mit unseren Verbündeten halten wir daher gesonderte Verhandlungen über eine C-Waffen-freie Zone in Europa für ungeeignet, die fortgeschrittenen Bemühungen im Genfer Abrüstungsausschuß zu fördern. Das Kernproblem der Genfer Verhandlungen, nämlich die erforderliche zuverlässige Nachprüfung der Einhaltung der Verbotsbestimmungen, würde sich im übrigen bei einer regionalen Behandlung des Themas nicht anders stellen. Im Gegenteil: Dann würde das zusätzliche Problem entstehen, Kontrollmaßnahmen zu finden, die sicherstellen, daß keine C-Waffen außerhalb Europas in eine C-Waffen-freie Zone in Europa gebracht werden. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten haben weiterhin Gelegenheit, im Genfer Abrüstungsausschuß den Nachweis zu erbringen, daß ihnen nicht an Irreführung der westlichen Öffentlichkeit und an einem weltweiten Ungleichgewicht der C-Waffen, sondern an weltweiter und überprüfbarer C-Waffen-Abrüstung wirklich ernsthaft gelegen ist.

■ AUSBILDUNGSPLÄTZE

Bundesregierung setzt auch 1984 volles Vertrauen in die Wirtschaft

Auf dem Markt für Ausbildungsplätze ist Vertrauen besser als Drohen. Dies hat das Jahr 1983 klar bewiesen, erklärte auf einer Pressekonferenz die Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft, Frau Dorothee Wilms. Auch in der Berufsbildung gilt, daß marktwirtschaftliche Instrumente eher zum Erfolg führen als bürokratisches Planen. Der Weg der Bundesregierung, Vertrauen in die Wirtschaft zu setzen, wurde eindringlich als richtig bestätigt. Staatliche Maßnahmen sind nicht in der Lage, das freie Engagement der Wirtschaft zu ersetzen.

Das Ausbildungsjahr 1983 war in vieler Hinsicht durch Extreme gekennzeichnet: Noch niemals in der Nachkriegszeit wurden so viele Ausbildungsverträge abgeschlossen wie 1983. Noch niemals war das Gesamtangebot an Ausbildungsplätzen mit 697 339 so hoch wie 1983. Gleichzeitig wurde der bisherige Spitzenwert der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen um 60 000 übertroffen. Dennoch waren am Jahresende nicht mehr Jugendliche ohne Ausbildungsangebot als am Jahresende 1982.

31 000 noch nicht vermittelte Bewerber waren am 31. Dezember 1983 bei den Arbeitsämtern gemeldet; dem standen noch mehrere tausend Ausbildungsangebote aus dem Sonderprogramm des Bundes und an unbesetzten Lehrstellen gegenüber.

Insgesamt ist festzustellen, daß in der

Bundesrepublik nur ca. 10 % der Jugendlichen eines Altersjahrganges ohne Ausbildung bleiben. Die Bundesrepublik nimmt mit dieser niedrigen Rate eine Spitzenstellung im internationalen Vergleich ein. Diese herausragende Leistung war und ist nur durch das freie Engagement der gesellschaftlichen Kräfte zu erreichen. Die Förderung der Berufsausbildung durch den Staat kann nur subsidiär sein. Berufsausbildung ist und bleibt eine Aufgabe der Wirtschaft, die sie aus eigener Kraft lösen muß, wie 1983 bestätigt hat. Der Staat wäre mit dieser Aufgabe überfordert.

An zwei Beispielen läßt sich verdeutlichen, was eine Politik der fortlaufenden Staatsingriffe kosten würde: 1983 wurden 46 300 Ausbildungsverträge mehr als im Vorjahr abgeschlossen. Hätte der Staat diesen Zuwachs finanziert, wären — mit den Kostenansätzen des Sonderprogramms gerechnet — Ausgaben von 1 Mrd. DM erforderlich gewesen.

Ein anderes Beispiel zeigt: Eine dreijährige Ausbildung kostet im Schnitt 40 000 DM. Wer staatliche Ausbildungsprogramme für nur 10 000 Jugendliche fordert, fordert damit zugleich Staatsausgaben in Höhe von 400 Mio. DM.

Auch 1984 wird es keine speziellen Hilfsprogramme geben. Gleichzeitig wiederhole ich aber die Zusage, daß es auch keine gesetzliche Umlagefinanzierung geben wird.

Die Bundesregierung wird dagegen tätig werden auf folgenden Gebieten:

— Innerhalb des öffentlichen Dienstes

wird die Zahl der Auszubildenden in den Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz weiterhin erhöht werden.

— Auf Anregung des Bundeskanzlers werden Beauftragte der Länder und des Bundes in einer politischen Kommission Möglichkeiten zusätzlicher Maßnahmen der öffentlichen Hand in der Berufsbildung beraten. Die Kommission steht unter meiner Leitung.

— Teil der subsidiären Bundesförderung ist das Benachteiligungsprogramm. Die Bundesregierung hat die Förderung der Ausbildung benachteiligter Jugendlicher erheblich ausgeweitet. Die Bundesanstalt für Arbeit hat die bereitgestellten Mittel optimal eingesetzt und dadurch ermöglicht, daß jetzt 9000 Jugendliche im Benachteiligungsprogramm gefördert werden: 6500 — das entspricht den Planungen — in der überbetrieblichen Ausbildung, 2500 — das ist deutlich mehr als erwartet wurde — in „ausbildungsbegleitenden Hilfen“. Das Benachteiligtenprogramm hat damit über die Erwartungen hinaus zur positiven Ausbildungsbilanz 1983 beigetragen.

Prognose 1984:

1984 wird erneut ein schwieriges Jahr der Berufsausbildung. Auf der Grundlage erster Beratungen der Sachverständigen in den Gremien des Bundesinstituts für Berufsbildung ist mit einer Nachfrage nach Ausbildungsplätzen von rd. 710 000 bis 730 000 zu rechnen. Bei dieser Schätzung gehen wir von einer Schwankungsbreite von nicht einmal 3% aus. Dieser Ansatz ist in seinen Grundannahmen unumstritten.

Die Beratungen haben deutlich gemacht, daß es auf der Grundlage der Erfahrungen des Jahres 1983 besonders schwierig ist, die Ausbildungsplatznachfrage 1984 exakt vorzuschätzen, denn das Bildungsverhalten ist zur Zeit schwer vorhersehbaren Änderungen unterworfen.

Zu nennen sind insbesondere die wachsende Abiturientennachfrage nach betrieblicher Berufsausbildung und die wachsende Nachfrage sogenannter Altbewerber. Gemeint sind damit Schulabgänger aus früheren Jahren sowie zunehmend auch Jugendliche, die eine Zweitlehre anstreben, um ihre Arbeitsmarktchancen zu verbessern.

Es ist damit zu rechnen, daß die Gewerkschaften auch in diesem Jahr abweichende Berechnungen zur Ausbildungsplatzsituation vorlegen werden. Es ist das gute Recht der Gewerkschaften, eigene Vorstellungen, statistische Definitionen und neue Begriffe in die Berufsbildungsdiskussion einzuführen. Die Bundesregierung ist allerdings gehalten, ihre Aussagen innerhalb des gesetzlich festgelegten Rahmens zu machen.

Der angebliche Zahlenstreit ist ein Streit um Definitionen. So spielt in der gewerkschaftlichen Argumentation der Begriff der Dunkelziffer eine große Rolle, diese ist nicht näher zu bestimmen. Die gesetzliche Definition verzichtet daher darauf. Die Existenz von Dunkelziffern ist nicht zu bestreiten, darauf wird im übrigen auch im Berufsbildungsbericht hingewiesen. Zu bestreiten ist allerdings, daß man sie berechnen kann.

Zur Verwirrung trägt auch eine andere Annahme bei, die von unerfüllten Ausbildungsplatzwünschen Jugendlicher ausgehen, die deshalb in andere Bildungsgänge ausgewichen sind. Auch mit den aus dieser Überlegung abgeleiteten Zahlen läßt sich nicht operieren. Zum einen liegen uns keinerlei gesicherte Angaben darüber vor, in welchem Umfang derartige Annahmen überhaupt zutreffen, zum anderen haben sich in allen Zeiten die Ausbildungswünsche auch an dem jeweiligen Stellenangebot orientieren müssen.

Ein ähnliches Verwirrspiel wird mit den Monatsmeldungen der Bundesanstalt für Arbeit aus der Berufsberatungsstatistik

betrieben. Es ist dringend davor zu warnen, mit Hochrechnungen eine neue Welle der Hysterie zu produzieren! Schon jetzt sind Jugendliche und ihre Eltern hochgradig verunsichert. Daraus entstehen dann Überreaktionen, z. B. Mehrfachbewerbungen, die das Klima belasten und zu einer unnötigen Dramatisierung führen. Um dies zu verhindern, wird zur Zeit die Zweckmäßigkeit von Annahmekarten geprüft. Eine Meldepflicht der Unternehmen wird es in keinem Fall geben.

Vertrauen statt Drohen bedeutet auch, die bestehenden Vorschriften darauf zu überprüfen, ob und wie sie zugunsten der Ausbildung geändert werden können. Im Hinblick auf den Abbau „ausbildungshemmender“ Vorschriften gibt es Kontroversen. Viel zu wenig bekannt ist aber, daß die Bundesregierung Vorschriften erwägt zugunsten der Ausbildung, die außerhalb jeder Kontroverse sind.

Hierzu ein Beispiel: Nach der vorgesehenen Vorruhestandsregelung sollen auch Jugendliche zur Ausbildung als Ersatzkräfte für ausscheidende Arbeitnehmer eingestellt werden können. Die Bundesanstalt für Arbeit leistet ihren Zuschuß, wenn nach Ausscheiden eines älteren Arbeitnehmers ein Auszubildender eingestellt wird und bei Beschäftigung dieses Auszubildenden über die Zahl der in den letzten drei Jahren bestehenden Ausbildungsverhältnisse hinausgeht. Dies gilt insbesondere für Betriebe, die in der Regel nicht mehr als 20 Arbeitnehmer beschäftigen. Damit wird ein besonderer finanzieller Anreiz zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in einem Unternehmensbereich gegeben, der traditionell eine hohe Ausbildungsleistung bringt. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß bei den Beschäftigungsgrenzen erstmals Auszubildende nicht mitgezählt werden. Dies ist eine alte Forderung auch im Hinblick auf das Schwerbehindertengesetz, für das nun ebenfalls eine entsprechende Regelung vorgesehen ist.

Die Phase der unaufhaltsam wachsenden

Nachfrage nach Ausbildungsplätzen liegt aller Voraussicht nach hinter uns. Die Zahl der Schulabgänger aus der Sekundarstufe I wird voraussichtlich 1986 um 90 000 unter der Zahl liegen, mit der für 1984 zu rechnen ist. Die Nachfrage wird sicherlich weniger rasch abnehmen als die Schulabgängerzahlen, weil auch in den kommenden Jahren noch mit vielen Altbewerbern und einer zunehmenden Zahl von Abiturienten gerechnet werden muß. Aber das „Licht am Ende des Tunnels“ ist doch erkennbar.

In der Bundestagsdebatte erklärte MdB Klaus Daweke:

Wir appellieren an die Wirtschaft, auch 1984 wieder alle Anstrengungen zu unternehmen und jegliche Reserven zu mobilisieren. Dieser Appell richtet sich vor allem an die Großbetriebe, die 1983 ihre Ausbildungsleistung nur um ein Prozent gesteigert haben und insgesamt lediglich 14 Prozent der Lehrlinge ausbilden. Die Verbundausbildung, bei der mehrere — kleinere — Betriebe zusammen ein vollständiges Ausbildungsangebot bereitstellen, sollte ausgeweitet werden. Bei den Tarifpartnern sollte die Höhe der Ausbildungsvergütung in die Überlegungen zur Bereitstellung von mehr Lehrstellen einbezogen werden. Schließlich konnten beispielsweise bei der chemischen Industrie, wo 1983 auf die Anhebung der Ausbildungsvergütung verzichtet wurde, aufgrund der Einsparungen 16,3 Prozent mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden als im Jahr zuvor.

Die Bundesregierung hat mit dem Abbau ausbildungshemmender Vorschriften begonnen. Im Rahmen der vorgesehenen Vorruhestandsregelung sollen Jugendliche zur Ausbildung als Ersatzkräfte für ausscheidende Arbeitnehmer eingestellt werden. Diese Maßnahmen leisten einen zusätzlichen Beitrag zur Bewältigung der z. Z. noch weiter wachsenden Nachfrage nach Ausbildungsplätzen. Auch für 1984 muß gelten, daß jeder Jugendliche die Chance einer Ausbildung erhält.

■ DGB

Breits Anwürfe sind völlig haltlos

Zu den Anwürfen des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit bei der Neujahrspresskonferenz des DGB gegen Bundeskanzler Helmut Kohl und die CDU-geführte Bundesregierung erklärt der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Otto Zink:

Mit seinem verbalen Amoklauf bei der Neujahrspresskonferenz gegen Bundeskanzler Helmut Kohl und die Koalition der Mitte hat Ernst Breit dem DGB einen Bärendienst erwiesen. Er wirft der Regierung vor, zu ihrem Konzept gehöre die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer. Die Realität sieht anders aus:

■ 1981 und 1982 sanken die Reallöhne der Arbeitnehmer. 1983, im ersten Regierungsjahr der Koalition der Mitte, sanken sie nicht mehr, weil es gelungen ist, den Preisanstieg unter 3 Prozent zu drücken.

■ Die hohen Zinsen, die neben den mittelständischen Betrieben gerade die Arbeitnehmer schwer belasten, konnten spürbar gesenkt werden.

■ Der unaufhaltsame Anstieg der Arbeitslosenzahlen seit Februar 1980 konnte 1983 gestoppt werden, seit September sinken die saisonbereinigten Zahlen.

Die gleiche Realitätsblindheit zeigt die Behauptung von Ernst Breit, der DGB fordere seit 1977 Arbeitszeitverkürzungen, Förderung des qualitativen Wachstums und soziale Beherrschung des technischen Fortschritts zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, die CDU-geführte Bundesregierung aber habe das Gegenkonzept der Unternehmer zum Regierungsprogramm erhoben.

■ Der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf für eine Vorruhestandsregelung sieht beträchtliche öffentliche Zuschüsse vor. Er ist die einzige Form der Arbeitszeitverkürzung, bei der — durch die Bedingungen, an die der öffentliche Zuschuß geknüpft ist — ein massiver Anreiz zur Wiederbesetzung des Arbeitsplatzes steht. Wenn der DGB einerseits die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich fordert und andererseits beklagt, eine akzeptable Vorruhestandsregelung sei von den Tarifparteien nicht finanzierbar, weil der vorgesehene öffentliche Zuschuß zu niedrig sei, macht er sich lächerlich.

■ Die CDU-geführte Bundesregierung ist nicht der Meinung, daß Staat und Politiker den Bürgern vorzuschreiben haben, welche Qualität das wirtschaftliche Wachstum haben soll. Allenfalls fordert das Gemeinwohl die korrigierende und ergänzende Tätigkeit des Staates z. B. im Umweltschutz, im sozialen Wohnungsbau oder bei der Förderung der Wohneigentumsbildung. All das entspricht dem, was die CDU-geführte Bundesregierung getan hat.

■ Wo technischer Fortschritt verschlafen worden ist, geht es nicht um seine soziale Beherrschung, sondern um die Bewältigung der Krise. Die Bundesregierung hat mit ihren Subventionen für den Kohlebergbau und die Stahlunternehmen, mit der Ausdehnung der Kurzarbeiterregelung und der Verdoppelung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen massive Hilfen zur Bewältigung der sozialen Probleme gegeben, die sich aus der verfehlten Wirtschafts- und Technologiepolitik der SPD-geführten Bundesregierungen und aus Managementfehlern einzelner Unternehmen ergeben haben. Ihre Hauptaufgabe besteht jetzt darin, den technischen Fortschritt zu fördern, damit nicht weitere Unternehmen zusammenbrechen und Hunderttausende von Arbeitsplätzen verloren gehen.

INFORMATION

Helmut Kohl bei Reagan

Bundeskanzler Kohl wird sich vom 3. bis 6. März 1984 zu einem Arbeitsbesuch in den Vereinigten Staaten aufhalten. Er wird dabei Gespräche mit Präsident Reagan, weiteren Mitgliedern der amerikanischen Regierung und mit Vertretern des Senats führen. Der Bundeskanzler wird von Bundesminister Genscher begleitet werden.

Der Besuch ist Ausdruck der vertrauensvollen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA. Der Bundeskanzler will damit die engen Konsultationen zwischen den beiden verbündeten Regierungen auch nach der Entscheidung des Deutschen Bundestages über die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses fortsetzen und auf allen wichtigen Gebieten intensivieren.

Der Besuch wird Gelegenheit geben, die deutsche Interessenlage im Rahmen der West-Ost-Beziehungen und der Bündnispolitik darzulegen.

EG-Parlament beschäftigte sich mit der Frauenarbeitslosigkeit

Ein klares Bekenntnis zu den neuen Medien und zur Arbeitszeitverkürzung hat das Europäische Parlament in Straßburg abgelegt. Der Entschließung des Parlaments lag der Schlußbericht des Frauenausschusses zugrunde, der in über zweijähriger Arbeit Rückständigkeiten in der Entwicklung und Verstöße in der Anwendung des EG-Rechts zur Gleichberechtigung in den Mitgliedstaaten aufgespürt hat. Bericht und Entschließung bauen auf den gleichfalls vom Parlament betriebenen Richtlinien der EG-Kommission zur Gleichbehandlung von Mann und Frau bei

Beschäftigung, Berufsausbildung und beruflichem Aufstieg auf.

Zum Abbau der Frauenanteile an der Arbeitslosigkeit, von der derzeit 16 Millionen Menschen in der EG betroffen sind, fordert das Parlament eine konzertierte Aktion der EG-Länder mit dem Ziel einer „erheblichen“ Verkürzung der Arbeitszeit. Für positive Aktionen in den Arbeitssektoren, in denen neue elektronische Produktions- und Bürotechnologien eingesetzt werden, soll die EG-Kommission ein Berufsbildungsprogramm ausarbeiten.

Weiter trat das Parlament dafür ein, die schon in den römischen Gründungsverträgen festgeschriebene Lohngleichheit für gleiche Arbeit und die Präzisierung der EG-Richtlinien über die Diskriminierung weiblicher Beschäftigter in den Mitgliedstaaten durchzusetzen. In der Debatte wurde darauf hingewiesen, daß selbst in den EG-Institutionen 62 bis 90 Prozent des weiblichen Personals in unteren Diensträngen beschäftigt werden.

Schnell und geräuschlos

Mit der Ausreise der sechs DDR-Bewohner, die am Freitag in der Ostberliner US-Botschaft Zuflucht gesucht hatten, hat ein spektakuläres Ereignis ebenso schnell wie geräuschlos einen glücklichen Ausgang genommen. Hierüber sollten alle Deutschen froh sein. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dankt allen hieran beteiligten Regierungen, Institutionen und Personen. Eine deutsch-deutsche Belastungsprobe konnte vermieden werden. Dies ist ein gutes Zeichen.

Sechs Bewohner der DDR hatten einen ungewöhnlichen Weg beschritten, um jene Freizügigkeit der Ausreise zu erreichen, die ihnen ihr Staat nicht gewähren wollte. Dabei ist offensichtlich, daß dieser Fall Nachahmungen nicht zuläßt. Um so schwerer wiegt der Gedanke an die ungleich größere Zahl von Fällen, in denen

deutsche Landsleute bisher vergeblich beantragten, die DDR zu verlassen.

„Schwerpunkt unserer Deutschlandpolitik bleibt es, auf einen Zustand in Deutschland hinzuwirken, der ungehinderte Ein- und Ausreisen in beiden Richtungen zuläßt“, stellt MdB Eduard Lintner fest.

Regierung hält Wort

Zu den Vorwürfen des Präsidenten des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Samtlebe (SPD), der Bund habe die Konsolidierung seines Haushalts zu Lasten der Gemeinden vorgenommen, erklärt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Friedrich Voss: Die Vorwürfe sind unzutreffend. Im Gegenteil. Durch das Haushaltsbegleitgesetz 1984 und das Steueränderungsgesetz 1984 einschließlich der Auswirkungen in den kommunalen Finanzausgleichen werden die Haushalte der Kommunen 1984 um 1,2 Milliarden DM und 1985 um 1,6 Milliarden DM entlastet. Zusammen mit der Bestandsgarantie für die Gewerbesteuer, die der Bundeskanzler im Juni 1983 vor der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages ablegte, sind dies Dokumente der Kommunalfreundlichkeit des Bundes.

Rentenfinanzen entlastet

Die Lage der Rentenfinanzen haben sich etwas gebessert, die Liquiditätsprobleme dieses Jahres könnten gemildert werden. Das erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Arbeitsministerium, Franke (CDU), vor Journalisten in Bonn. Ende 1983 seien statt der vorausgeschätzten 13,9 Milliarden tatsächlich 15 Milliarden DM in den Kassen der Rentenversicherungsträger gewesen. Das entspreche einer Reserve von 1,4 Monatsausgaben. Bis 1987 könne diese Schwankungsreserve aufgrund der neuen Zahlen nicht nur wie geplant auf 22 Milliarden, sondern auf 25

Milliarden DM steigen. Die Mehreinnahmen kommen laut Franke aus steigenden Pflichtbeiträgen. Das seien Zeichen einer höheren Beschäftigung.

Führungswechsel bei der Schüler Union

Die Schüler Union hat in Bonn den Gymnasiasten Volker Streu (17) aus Hamburg zum neuen Bundessprecher gewählt. Volker Streu tritt damit die Nachfolge von Peter Stefan Herbst an, der ein Jahr lang die mit über 38500 Mitgliedern größte Schülerorganisation der Bundesrepublik Deutschland erfolgreich geführt hat.

Zu den beiden neuen stellvertretenden Bundessprechern wurden Carsten Mayer aus Duisburg und Horst Junker aus Ingolstadt gewählt.

IG Metall läßt „die Katze aus dem Sack“

Zu der verschärften Kontroverse um die Einführung der 35-Stunden-Woche erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Müller (Remscheid): Nachdem die Skepsis bei den angeblich begünstigten Arbeitnehmern weiter wächst, lassen einzelne Ideologen, vor allem der IG Metall, endlich die Katze aus dem Sack: Das Thema Wochenarbeitszeitverkürzung dient ihnen lediglich als Vorwand für eine in das Gewand einer Tarifauseinandersetzung gekleideten gesellschaftspolitischen Machtprobe.

Mit einem auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragenen Arbeitskampf soll getestet werden, inwieweit es gelingt, den am 6. März 1983 demokratisch bestätigten Kurswechsel doch noch zu verhindern. Man hofft, daß man möglichst viele durch Agitation emotionalisierte Arbeitnehmer in der aufgeheizten Atmosphäre eines Arbeitskampfes durch Klassenkampfparolen und ideologische Feindbilder beeindruckten könnte.

■ JUGENDSCHUTZ

Das neue Gesetz ist für – nicht gegen junge Menschen

Der Gesetzentwurf zur Neuregelung des Jugendschutzes in der Öffentlichkeit, das aus dem Jahre 1951 bzw. 1957 stammt, ist dringend reformbedürftig. Die Situation der jungen Generation hat sich in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten grundlegend gewandelt. Damit sind auch neue Gefährdungen aufgetreten, wie z. B. im Bereich der menschenverachtenden Videofilme und der elektronischen Spielautomaten, die neue Schutzmaßnahmen für die junge Generation dringend notwendig machen.

Leider ist die sozial-liberale Bundesregierung nicht in der Lage gewesen, rechtzeitig dieser schlimmen Entwicklung Rechnung zu tragen. Es gilt nun, ein zeitgerechtes, überschaubares und praktisches Gesetz zu schaffen. Neben dem gesetzlichen Jugendschutz muß aber auch verstärkt Wert auf einen erzieherischen Jugendschutz gelegt werden, der die Jugend resistent gegen negative Einflüsse macht und ihre Kritikfähigkeit fördert.

Dazu stellte Bundesminister Heiner Geißler bei der 1. Lesung im Deutschen Bundestag fest:

1. Dieses Gesetz schützt die Würde des Menschen, so wie das Grundgesetz es uns aufträgt. Das Jugendschutzgesetz ist ein Gesetz für – nicht gegen junge Menschen.

Kinder sind besonders schutzbedürftig, weil sie die Schwächeren sind. Aufgabe des Staates ist es daher, auch mit den

Mitteln des Jugendschutzes solche Gefährdungen in der Öffentlichkeit zurückzudrängen, die die Menschenwürde und die körperliche und geistig-seelische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen beeinträchtigen. Das Jugendschutzgesetz will also nicht junge Menschen bei der Gestaltung ihrer Freizeit gängeln, sondern Erwachsene daran hindern, Kinder und Jugendliche zum Schaden für ihre Gesundheit oder psychische Entwicklung zu mißbrauchen.

2. Das Jugendschutzgesetz verhindert, daß Erwachsene auf Kosten junger Menschen Geschäfte machen.

An jungen Menschen läßt sich heute viel Geld verdienen. Nach einer kürzlich veröffentlichten Umfrage verfügen 13- bis 14jährige heute über eine monatliche Gesamtkaufkraft von 73 Millionen DM, 15- bis 16jährige über 237 Millionen DM und 17- bis 18jährige über 647 Millionen DM. Der Anreiz, diese Kaufkraft ohne Rücksicht auf eventuelle negative Folgen für junge Menschen auszubeuten, ist groß. Das muß mit den Mitteln des Jugendschutzes verhindert werden.

Eine besonders üble Form des Geschäftemachens auf Kosten von Kindern und Jugendlichen ist die Vermarktung von Videokassetten mit brutalen Machwerken, die die Menschenwürde eklatant verletzen. Es ist erschreckend, daß Filme auf Videokassetten mit unmenschlich grausamen und brutalen Darstellungen heute den Umsatzschwerpunkt auf dem Videokassettenmarkt bilden. Besonders alarmierend ist dabei aber, daß solche Kassetten auch

Kindern und Jugendlichen vielerorts ohne weiteres zugänglich sind und daß viele Kinder und Jugendliche solche Kassettenprogramme bereits gesehen haben.

Zahlreiche Horror- und Gewaltfilme im aktuellen Programmangebot auf Videokassetten sind jedoch nicht nur jugendgefährdend, sie überschreiten vielmehr wegen der exzessiven Art und Weise der Gewaltdarstellung auch die Schwelle der Sozialschädlichkeit. Damit sind sie prinzipiell auch strafrechtlich relevant.

Es ist daher nur konsequent und zu begrüßen, daß der Entwurf der Koalitionsfraktionen auch eine Verschärfung des Gewaltdarstellungsverbots in § 131 StGB vorsieht. Nach dem Entwurf sollen künftig Herstellung, Verbreitung und Einfuhr von Medien mit grausamen oder sonst unmenschlicher Darstellung von Gewalttätigkeiten gegen Menschen auch dann strafrechtlich verboten sein, wenn mit diesen Darstellungen im konkreten Fall keine Verherrlichung oder Verharmlosung der Gewalttätigkeit verbunden ist.

3. Das Jugendschutzgesetz ist ein Gesetz für Eltern und Familien.

Der vorliegende Gesetzentwurf respektiert den verfassungsrechtlichen Vorrang der Elternverantwortung. Nach unserer Verfassung ist es in erster Linie Recht und Pflicht der Eltern, ihre Kinder zu erziehen.

Aber Elternrecht bedeutet auch Elternverantwortung. Deshalb appelliere ich an alle Eltern, dafür zu sorgen, daß extreme Gewalt- und Pornofilme Jugendlichen nicht zugänglich sind.

Der vorliegende Gesetzentwurf erleichtert den Eltern diese Aufgabe. Die amtliche Freigabe von Videokassetten mit entsprechender Kennzeichnung durch ein Siegel soll den Eltern konkrete Orientierungshilfe bieten, damit sie ihre Verantwortung auch wirklich wahrnehmen können. Eltern, Lehrer und Erzieher werden künftig ohne weiteres sofort erkennen können, welche Videokassetten nicht für Kinder und Jugendliche geeignet sind. Zwar gilt das

strafrechtliche Verbot der Einfuhr und Verbreitung exzessiver Filme nach § 131 StGB auch für das Fernsehen. Für den Jugendschutz gelten jedoch die Regelungen der jeweiligen Verträge. Es kann jedoch kein Zweifel daran bestehen, daß Zielsetzungen und Inhalt dieser Gesetze auch Maßstäbe und Grenzen markieren sowohl für das öffentlich-rechtliche als auch für das private Fernsehen.

Ich werde als Jugendminister auch darauf hinwirken, daß bei der Programmzusammenstellung — vor allem im Vorabendprogramm, dem viele Schulkinder zuschauen — die Sendungen mit Gewaltszenen unterbleiben.

Die Sendung von Filmen mit Gewaltdarstellung — dieses gilt auch für Comics — muß unterbleiben. Was den Videoherstellern verboten ist, darf dem Fernsehen nicht erlaubt sein.

Selbstkontrolle für das Fernsehen ist besser als staatliche Aufsicht, aber das Interesse der Fernsehanstalten darf nicht schwerer wiegen als der Schutz junger Menschen. Es wird deshalb von der Programmgestaltung in diesem Sinne abhängen, ob in der Zukunft zusätzliche gesetzliche Initiativen ergriffen werden müssen, um die Einhaltung des Jugendschutzes auch beim Fernsehen sicherzustellen.

4. Das Jugendschutzgesetz stellt den Fortschritt in den Dienst des Menschen.

Die Videotechnik gibt dem Menschen neue Möglichkeiten für seine Freizeit. Sie kann aber auch mißbraucht werden. Wir wollen auch hier die technologischen Möglichkeiten nicht verteufeln, sondern ihren Mißbrauch gegen den Menschen und seine Würde verhindern. Die Meinungs- und Informationsfreiheit in Artikel 5 Abs. 1 GG ist ein besonders wichtiges Grundrecht. Diese Freiheit ist jedoch nicht schrankenlos. Nicht alles, was möglich ist, ist auch sittlich erlaubt. Die Leitnorm dieser Bundesregierung ist nicht die schrankenlose, sondern die verantwortete Freiheit.

■ CDU HESSEN

Kämpferische Hessen-Union geschlossen hinter Walter Wallmann

Der hessische SPD-Landesgeschäftsführer Giani hatte sich schon lebhaft ausgemalt in welches politische Strafgericht der CDU-Landesvorsitzende Walter Wallmann auf dem 60. Landesparteitag der Hessen-Union gehen werde. Schließlich habe Wallmann ja die Wahl verloren, und unter seiner politischen Führung habe die CDU die Position der stärksten politischen Kraft in Hessen eingebüßt. Doch für Giani und die SPD gab es am Wochenende (21. Januar 1984) in Friedberg auf dem 60. Landesparteitag der CDU Hessen statt erwünschter politischer Lust nur Frust.

Mit einem Traum-Ergebnis von 448 Ja-Stimmen bei 464 abgegebenen Stimmen stellte sich die hessische CDU demonstrativ hinter ihren Landesvorsitzenden und damit hinter dessen politischen Kurs. Statt Scherbengericht, wie die SPD es sich herbeigewünscht hatte, demonstriert die hessische CDU abermals ihre Fähigkeit, Erfolge wie Niederlagen in solidarischem Geist zu tragen. Keine Spur von Resignation oder politischer Wehleidigkeit. Statt dessen ein kämpferisches „jetzt erst recht“, zu dem Walter Wallmann die Delegierten in der Friedberger Stadthalle aufrief.

Wallmann nutzte das Partei-Forum zu einer schonungslosen Abrechnung mit der hessischen SPD und ihrem Landesvorsitzenden, den er als „den unüberbietbaren Opportunisten und Anpasser in der Nachkriegszeit“ charakterisierte. Börner sei

zum Aussteiger aus seiner eigenen Politik geworden. Die SPD habe ihre Kehrtwendung um 180 Grad aus blankem Opportunismus vollzogen und sei kein berechenbarer politischer Faktor mehr. Wallmann warf Börner und der SPD weiter vor, „über Nacht“ wesentliche Positionen verlassen zu haben, die sie jahrelang selbst beschworen hätten. Es sei schlimm für die Demokratie und peinlich für die SPD, wie sich Börner und seine Partei vor dem Wahltag eingelassen und wie sie sich danach verhalten hätten. Dafür gebe es keine Entschuldigung.

Der hessischen CDU wies Wallmann für den Kampf um eine bessere Politik für Hessen die Rolle der Opposition zu. CDU-Politik habe sich immer und werde sich auch in Zukunft am Wohl des Staates und der Menschen orientieren. Die CDU stelle das Gemeinwesen vor das Parteiinteresse. Deshalb sei eine destruktive Haltung für die Union niemals möglich.

Die rotgrüne Herausforderung nehme die CDU kampfentschlossen und geschlossen an, sagte Wallmann weiter und kündigte eine „unnachgiebige Opposition“ an. Schließlich sei die hessische CDU die erste Landespartei in der Geschichte der Bundesrepublik, die in parlamentarischer Opposition gegenüber einem Bündnis stehe, das von einer eindeutig antiparlamentarischen Gruppierung wesentlich mitbestimmt werde. Wallmann wörtlich: „Gegen die verhängnisvolle Politik, die damit vorgezeichnet ist, werden wir kämpfen mit aller Kraft, mit aller Entschlossenheit und zugleich mit aller Besonnenheit. Denn es

wird nicht nur um Sachthemen gehen, es wird auch um das Verfassungsverständnis, um unsere parlamentarische Staatsordnung gehen. Börner und seine grünen Partner sollen sich nicht einbilden, sie hätten nun freie Bahn."

Walter Wallmann, dessen Rede immer wieder vom Beifall der Delegierten unterbrochen wurde, präsentierte sich am Wochenende mit kämpferischer Entschlossenheit als ein Mann, der aus Niederlagen neue, ungeahnte Kräfte schöpft. Und die hessische CDU ist nur zu gerne bereit, die von Wallmann aufgezeigte politische Linie für die künftige Auseinandersetzung mit dem rotgrünen Links-Kartell mit Engagement zu verfolgen. Sie wird Börner bis zum Ende der Legislaturperiode mit seinen Wortbrüchen und mit seiner arbeitnehmerfeindlichen Politik konfrontieren. Sie wird die Politik der Wählertäuschung und jede rotgrüne Verweigerung unerbittlich angreifen.

Schließlich hat Walter Wallmann den Delegierten die Folgen des rotgrünen Bündnisses drastisch vor Augen geführt: Gefahr für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, Abkoppelung Hessens vom Konjunkturaufschwung in der Bundesrepublik, Verhinderung des technologischen Fortschritts, Vernichtung bestehender Arbeitsplätze.

Vergleiche man die Forderung der Grünen mit den Beratungsergebnissen des SPD-Landesvorstandes, dann steht nach Einschätzung Wallmanns fest, daß inzwischen die Grünen der SPD Bedingungen stellen und daß sie in wichtigen Bereichen zum wesentlichen Entscheidungsfaktor der hessischen Landespolitik würden, auch wenn sie sich zunächst nur teilweise durchsetzen könnten. Schon die bisherigen Verabredungen und Verhandlungen über konkrete Sachfragen signalisierten eine verhängnisvolle Entwicklung für die nächsten Jahre in Hessen.

Für Walter Wallmann sind aber nicht nur

die schädlichen wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen der grünroten Vorstellungen Gegenstand der Kritik, sondern auch und in besonderem Maße das unverändert gebliebene politische Grundverständnis der Grünen, das sie seiner Meinung nach eindeutig politikunfähig mache. Positionen der Grünen, die in eklatantem Widerspruch zu unserer Verfassung und zur Sozialen Marktwirtschaft stünden, sollen durch ein Bündnis mit der SPD politikfähig gemacht werden. Dabei bleibe ein sogenanntes basis-demokratisches Politikverständnis eindeutig gegen die parlamentarische Demokratie gerichtet, auch wenn sich die SPD einer solchen Gruppe zur Sicherung des Machterhalts bediene.

Die Gründe für diese insbesondere einschneidenden, die Kontinuität hessischer Landespolitik verlassenden rotgrünen Wendungen, liegen nach den Worten Wallmanns ausschließlich im parteilichen Opportunismus der SPD, die den eigenen Machterhalt über alles stellt. Die Absage an ein von der hessischen CDU mehrfach angebotenes Bündnis der demokratischen Parteien habe die SPD erteilt. Sie habe eine Politik der Vernunft und der Sicherung des Fortschritts verraten.

Für den CDU-Landesvorsitzenden steht fest, daß Börner und die SPD wegen des inneren Zustandes dieser Partei niemals ernsthaft bereit waren, weder nach dem 26. September 1982 noch nach dem 25. September 1983, mit der Union eine neue Landesregierung zu bilden. Dennoch habe die CDU aus Verantwortung vor dem Land, dem sie die schwerwiegenden negativen Folgen eines rotgrünen Bündnisses habe ersparen wollen, unablässig ihre Gesprächsbereitschaft bekundet. Wallmann: „Gespräche, ohne sie mit Bedingungen vorweg zu belasten, waren uns selbstverständlich. Kapitulationsurkunden in Verhandlungen zu unterschreiben — das wird es mit der hessischen CDU niemals geben.“

STICHWORT

Internationale Initiativen zur Luftreinhaltung

Die Bundesregierung hat die Luftreinhaltung zur absoluten Vorrangaufgabe erklärt. Nationale Maßnahmen allein reichen jedoch nicht aus; denn grenzüberschreitende Luftbelastungen müssen auch international bekämpft werden. Diesem Ziel dienen folgende Aktivitäten der Bundesregierung:

Europaweite Einführung bleifreien Benzins

Die Bundesregierung übernimmt mit dem Beschluß, ab 1. Januar 1986 in der Bundesrepublik Deutschland bleifreies Benzin einzuführen, bewußt eine Vorreiterrolle in der Europäischen Gemeinschaft. Mehrere EG-Mitglieder haben inzwischen die Bereitschaft erkennen lassen, künftig ebenfalls bleifreies Benzin anzubieten.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat den Umweltministern der Europäischen Gemeinschaft ein Memorandum zur Einführung bleifreien Benzins vorgelegt. Daraufhin hat am 16. Juni 1983 der Rat die EG-Kommission beauftragt, bis zum 15. April 1984 entsprechende Vorschläge zu erarbeiten. Das Europäische Parlament hat bereits am 6. Juni dieses Jahres in einer Entschließung die Mitgliedsländer der Gemeinschaft aufgefordert, so schnell wie möglich bleifreies Benzin anzubieten.

Internationale Konvention zur Luftreinhaltung

Das Übereinkommen über die Bekämpfung weiträumiger grenzüberschreitender Luftverunreinigung, das von der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) erarbeitet und 1979 von 35 Staaten unterzeichnet worden war, trat am 16. März 1983 in Kraft, nachdem es von 24 Staaten ratifiziert worden ist. Zu

ihnen gehören unter anderem die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft — bislang noch mit Ausnahme Griechenlands —, die skandinavischen Länder, die USA und Kanada sowie die Sowjetunion, DDR und Ungarn.

Damit werden die Verpflichtungen aus der Konvention zur Kontrolle der Luftverunreinigungen und zur Zusammenarbeit bei der Weiterentwicklung der Umweltschutztechnik wirksam.

Zur praktischen Durchführung des Übereinkommens in den Vertragsstaaten sind jetzt gemeinsame Strategien zur Vermeidung des Ausstoßes von Luftschadstoffen, insbesondere von Schwefeldioxid, zu erarbeiten. Dies ist die vordringliche Aufgabe des Exekutivorgans, in dem die Bundesrepublik Deutschland konstruktiv mitarbeiten wird.

EG-Grundsatzrichtlinie „Luftreinhaltung“

Die EG-Kommission bereitet auf Vorschlag der Bundesrepublik Deutschland eine Grundsatzrichtlinie „Luftreinhaltung“ vor, die den Mitgliedsländern der Gemeinschaft die Bekämpfung der Luftverschmutzung an der Quelle nach dem jeweiligen Stand der Technik zur Pflicht macht. Die Richtlinie ist zugleich Grundlage für eine gemeinsame Strategie gegen das Waldsterben.

OECD-Arbeitsgruppe

Bei der OECD ist auf deutschen Vorschlag hin eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden, die die Möglichkeiten einer internationalen Festlegung durchgreifender Emissionsnormen prüfen soll.

Gespräche mit der DDR und der CSSR

Eine beachtliche Schwefelmenge kommt aus der DDR und der CSSR zu uns. Deshalb ist dieses Problem zwischen den Grenzbevollmächtigten der CSSR und der Bundesrepublik Deutschland eingehend erörtert worden. Mit der DDR ist in Kürze ein Informationsaustausch auf Expertenebene über Techniken der Rauchgasentschwefelung geplant.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Brandts Rechnung

Es war geradezu rührend, mit welcher Einfühlsamkeit am Abend nach der SPD-Entscheidung für das rotgrüne Bündnis in Hessen der amtierende Ministerpräsident Börner über das Wesen seines neuen Partners sprach. Ausgerechnet der Mann, der den Grünen einst mit der Dachlatte drohte, gibt sich jetzt als der verständnisvolle, väterliche Freund, der täglich das „Politikverständnis“ seiner neuen Seilschaft wachsen sieht. Börner und seine SPD haben es mit sich abzumachen, welchen Grad von Glaubwürdigkeit sie im Urteil der Bevölkerung noch besitzen, wenn sie nunmehr mit einer Gruppierung eine Bindung eingehen, die sie kürzlich noch vehement bekämpft haben.

Was in Hessen geschieht, ist kein regionales Problem. Vielmehr hat Börner als Statthalter von Willy Brandt dessen Vorstellung von einer Mehrheit diesseits der Union konkret in die hessische Landespolitik umgesetzt.

Wie es aussieht, sind weder SPD noch Grüne davon abzubringen. Zu sehr lockt beide die ihnen gemeinsame Idee von einer starken Linken. Zu sehr ist in Hessen wie in der Bonner SPD-Zentrale die Faszination verbreitet, den Weg in eine neue Zukunft gefunden zu haben. Für diese Illusion werfen die Sozialdemokraten gegenwärtig mit einer geradezu atemberaubenden Geschwindigkeit nicht nur die Dachlatte, sondern auch ihre Überzeugungen packenweise weg und legen sich den Grünen zu Füßen.

Dabei geht es nicht nur um solche Fragen wie das Nachtflugverbot für den Frankfurter Flughafen, obwohl dies schon als Indiz für die arbeitsplatzgefährdende Politik der Rotgrünen ausreicht. Es geht um mehr: Es geht letztlich in diesem rotgrünen Bündnis um die Abschaffung der Sozialen Marktwirtschaft zugunsten eines planwirtschaftlichen Systems. Niemand möge glauben, dafür gäbe es in der SPD keine Stimmen. Denn wenn die SPD tatsächlich vorbehaltlos auf dem Boden der Marktwirtschaft stünde, hätte sie sich mit den Grünen gar nicht eingelassen.

Deutschland-Union-Dienst, 19. Januar 1984

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD